

Abg. Bausch bat für seine Fraktion um folgende Ergänzung des Beschlussvorschlages: Nach Abschluss der Verhandlungen mit den Städten und Gemeinden sollen die Anregungen und Bedenken noch einmal dem Planungs- und Verkehrsausschuss zur Beratung vorgelegt werden. Darüber hinaus habe seine Fraktion noch erheblichen Beratungsbedarf zu den jetzt vorgelegten Veränderungen und Vorschlägen zum rechtsrheinischen Teilgebiet Niederkassel mit den entsprechenden Auswirkungen auf Troisdorf und Siegburg. Deshalb bitte er um Verschiebung dieser Beratung auf die nächste Sitzung. Das heiÙe nicht, dass seine Fraktion den zeitlichen Ablaufplan der Verwaltung in Frage stelle. Seine Fraktion werde alles tun, um die entsprechenden Beschlüsse noch vor der Sommerpause herbeizuführen.

Abg. H. Becker machte deutlich, seine Fraktion könne über die heute vorgelegte teilräumliche Fortschreibung des Nahverkehrsplans nicht abschließend beraten, da es noch nicht möglich ist, eine Abwägung vor dem Hintergrund eines Gesamtkonzeptes zu treffen. Die vorgesehenen Auswirkungen z.B. auf den östlichen Rhein-Sieg-Kreis seien noch nicht bekannt. Würde heute abschließend über Verbesserungen in einem Teilraum beraten, gäbe es später für die anderen Bereiche möglicher Weise keinen großen Spielraum mehr. Letztendlich werden Verbesserungen in einem Teilbereich über die ÖPNV-Umlage von den anderen Gebieten mitfinanziert. Seine Fraktion werde deshalb die heutigen Beratungen nur unter dem Vorbehalt führen, dass über Veränderungen erst im Rahmen des Gesamtkonzeptes abschließend entschieden wird.

Abg. Tendler äußerte, natürlich habe der Rhein-Sieg-Kreis ein großes Interesse daran, den Nahverkehrsplan als Ganzes zu betrachten. Deshalb stimme er Herrn Bausch zu, dass der Ausschuss im Anschluss an die Abstimmung mit den Kommunen noch einmal über die Ergebnisse beraten müsse. Das Einvernehmen mit den einzelnen Kommunen sei selbstverständlich wichtig, allerdings immer unter dem Blickwinkel des Konzeptes für das gesamte Kreisgebiet. Seine Fraktion unterstütze insofern die Ergänzung des Beschlussvorschlages. Im Übrigen begrüÙe es seine Fraktion, dass im Nahverkehrsplan auch alternative Busformen, wie z.B. der Taxibus, berücksichtigt werden.

Planungsdezernent Jaeger bemerkte, bei den Vorüberlegungen sei die Verwaltung von kostenneutralen Lösungen ausgegangen und nicht von Verträgen zu Lasten Dritter.

Abg. Steiner bedauerte, dass der Rhein-Sieg-Kreis durch die Stadt Bonn zu einem so engen Zeitkonzept gezwungen sei. Dies führe vor allem im linksrheinischen Kreisgebiet nicht gerade zur mehr Akzeptanz des Nahverkehrsplans.

Abg. KrauÙ dankte Herrn Steiner für den Hinweis auf die Historie. Der heute vorliegende Teilbereich des Nahverkehrsplans müsse deshalb vorgezogen beraten werden, weil der Rhein-Sieg-Kreis vorrangig seine Verkehrsbeziehungen zu Bonn prüfen müsse. Natürlich wäre eine Beratung des Gesamtkonzeptes wünschenswert. Da aber die Bonner mit ihren Plänen „vorgeprescht“ seien und Teilbereiche bereits im Dezember 2008 umgesetzt hätten, müsse der Rhein-Sieg-Kreis jetzt schauen, wie er damit umgehe und das Beste daraus mache.

Abg. J. Becker erkundigte sich, ob die Verwaltung schon sagen könne, wann sie die Konzepte für den östlichen Rhein-Sieg-Kreis, Sankt Augustin, Königswinter und Bad Honnef vorlegen werde?

Herr Dr. Sarikaya antwortete, wie bereits im Ausschuss berichtet, seien im Herbst letzten Jahres Fahrgastzählungen durchgeführt worden. Auch habe die Verwaltung bereits mit dem Gutachter über ihre Vorstellungen bezüglich der umsetzbaren Konzepte gesprochen. Sobald die Auswertungen der Fahrgastzählungen vorliegen, könne die Verwaltung – voraussichtlich in der 2. Jahreshälfte – damit beginnen, ihre bisherigen Überlegungen mit den aktuell ermittelten

Fahrgastzahlen zu vergleichen. Anschließend könnten die Ergebnisse dem Ausschuss zur Beratung vorgelegt werden.

Abg. J. Becker fragte nach, ob er es richtig verstanden habe, dass das Konzept erst im Frühjahr 2010 vorgestellt werden könne.

Herr Dr. Sarikaya bestätigte dies vor dem Hintergrund, dass die Verwaltung ein Gesamtkonzept für den rechtsrheinischen Teil des Rhein-Sieg-Kreises vorlegen wolle. Das sei auch der Grund dafür gewesen, dass die Verwaltung die Verbesserungen, die unter der Maßgabe von kostenneutralen Lösungen bereits realisierbar seien, schon frühzeitig vorlege.

Planungsdezernent Jaeger ergänzte, dieser methodische Zwischenschritt sei auch Gegenstand des Gesprächs mit den verkehrspolitischen Sprechern der Fraktionen gewesen.

Abg. H. Becker führte aus, nach seiner Kenntnis sei in den Vorgesprächen vereinbart worden, zunächst einmal die Verkehrsbeziehungen mit Bonn zu prüfen. Seine Fraktion habe diese Verfahrensweise als nicht besonders glücklich empfunden, sei aber auf Grund des von den Bonnern verursachten zeitlichen Drucks einverstanden gewesen. Seine Fraktion sei aber nicht darüber informiert worden, dass sich die weiteren Beratungen über solche langen Zeiträume erstrecken.

Zu dem neu aufgenommenen Taxibus-Angebot bemerkte er, wenn die Neueinführung bedeute, dass eine bestehende Buslinie an einer bestimmten Stelle gekappt werde und sich die Fahrgäste anschließend einen Taxibus bestellen müssten, dann finde er das überhaupt nicht gut. Um hierüber entscheiden zu können, komme es also ganz wesentlich darauf an, ob es sich im konkreten Einzelfall um ein zusätzliches Angebot oder um einen schlechten Ersatz eines bereits bestehenden Angebotes handele. Darüber hinaus sei es wichtig zu wissen, ob die Verwaltung ausschließen könne, dass mit der Frage, welche Linie aufrechterhalten werde oder nicht, auch eine Änderung der Kennziffer verbunden sei. Die Kennziffer liege nach seinem Wissensstand bisher bei „unter 5 Fahrgästen/Fahrt“. Eine eventuelle Änderung sei für die Kommunen im östlichen Rhein-Sieg-Kreis eine zentrale Frage.

Abg. Bausch bat folgendes zu berücksichtigen: Die Verwaltung habe in den Vorgesprächen darum geworben, dass in den Kommunen und im Ausschuss des Rhein-Sieg-Kreises eine Parallel-Beratung stattfinde. Die materiellen Änderungen seien zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt gewesen. Am 16.02.09 habe man lediglich einen Konsens über den zeitlichen Ablauf erzielt und den stelle er auch nicht in Frage. Alles, was seine Fraktion zur Vorbereitung der Abstimmung tun könne, werde sie auch machen.

Dipl.-Geogr. Dr. Berbuir erklärte unter Bezugnahme auf die Frage des Abg. H. Becker zum Taxibus, es handele sich dabei in der Regel um einen Kleinbus für 8 Fahrgäste. Darüber hinaus wies er darauf hin, dass die Verwaltung auch bei den vergangenen Nahverkehrsplänen zunächst den NVP-Entwurf im Planungs- und Verkehrsausschuss vorgestellt habe; anschließend sei das Konzept mit den jeweiligen Kommunen diskutiert und dann in einer Zusammenfassung dem Ausschuss wieder erneut zur Vorbereitung der Beschlussfassung für den Kreisausschuss/Kreistag vorgelegt worden. Der Grund für das schnellere Vorankommen im linksrheinischen Bereich liege einfach an den besseren Strukturen und daran, dass die Verwaltung dort in der Zusammenarbeit mit der RVK viel schneller zu der Übereinkunft gekommen sei, dass Taxibuslinien im linksrheinischen Kreisgebiet sinnvoll und durchführbar seien. Im rechtsrheinischen Bereich habe die Verwaltung dagegen noch Zweifel, ob dort Taxibuslinien funktionieren können. Es seien deshalb auch Nachzählungen durchgeführt worden.

Abg. H. Becker machte noch einmal deutlich, er habe kein Problem damit, dass der Nahverkehrsplan parallel in den Kommunen diskutiert werde, sondern damit, dass in der einen Kommune eine fixe Veränderung beraten werde und in einer anderen Kommune erst irgendwann im nächsten Jahr abgestimmt werde, was dort passiere. Hierbei müsse auch bedacht werden, dass die öffentlichen Haushalte nächstes Jahr mit Sicherheit in einer anderen Situation sein werden, als dieses Jahr. Es könne nicht sein, dass nur einige Kommunen die Einsparungen zu spüren bekämen. Deshalb möchte er insgesamt wissen, was an welcher Stelle und zu welchen Konditionen umgesetzt werde. Er möchte diese Veränderungen in eine Gesamtabwägung stellen können. Alles andere schaffe nur eine Menge Unmut. Es dürfe nicht vergessen werden, dass die Veränderungen von allen beteiligten Kommunen finanziert werde. Schon bei dem letzten Nahverkehrsplan sei sowohl diese Vorgehensweise, als auch eine Neustrukturierung der ÖPNV-Umlage heftig diskutiert worden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, begrüßte der Vorsitzende den inzwischen eingetroffenen Gutachter, Herrn Hoppe und schlug auf Grund der fortgeschrittenen Zeit vor, zunächst über den geänderten Beschlussvorschlag abzustimmen, da der Bericht hierauf keinen Einfluss habe.

Hierüber bestand Einvernehmen.

Anschließend bat der Vorsitzende Herrn Hoppe von der Planungsgesellschaft Verkehr Köln um seinen Bericht zum Entwurf des Nahverkehrsplans im linksrheinischen Kreisgebiet. Die Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.